

(Nordchina). 1990 sollen dort in Lizenz 6.000 Fahrzeuge aus Teilesätzen montiert werden, die aus der Bundesrepublik eingeführt werden. Ab 1995 sollen rd. 30.000 Audi 100 jährlich gefertigt werden.

Für den Herbst 1990 hat VW die Gründung eines Joint Venture mit den First Automobile Works angekündigt, das bis 1995 insgesamt 1,5 Mrd. DM in Anlagen für die Produktion eines neuen Typs der Golf-Jetta-Klasse investieren soll. Anfang 1991 wollen die Partner mit einer Fertigung von zunächst 2.500 Teilesätze beginnen. In der Endstufe sollen ab 1996 pro Jahr 150.000 VW vom Band laufen. Ein Teil sei für den Export bestimmt.

In der Planung ist nach Angaben von VW auch die Übernahme einer Beteiligung an der Shanghai Car Plant, in der das technisch veraltete Modell Shanghai gebaut wird. VW wolle dabei das Kombi-Modell Passat Variant anbieten. (NZZ, 20.4.1990) -lou-

*(31)

Volksbank strebt stärkere Rolle im internationalen Finanzmarkt an

Nach Aussagen von Chen Yuan, dem Vize-Gouverneur der Volksbank, sei die Bank nun bereit, weitere Verbindungen mit internationalen Finanzinstitutionen einzugehen. Die in Erwägung gezogenen Maßnahmen schließen die weitere Expansion zum Westen ein; des weiteren will die Bank sich aktiv an verschiedenen internationalen Finanzkonferenzen beteiligen sowie Niederlassungen gründen.

In der Bank würde nun letzte Hand angelegt an Chinas erstem Bankengesetz; dies soll noch in diesem Jahre fertiggestellt sein. Nach Aussagen von Chen bestehe gegenwärtig ein Hindernis für die Expansion ausländischer Banken in China darin, daß es in der Volksrepublik nicht genug Regeln gebe, die mit den internationalen Finanzgesetzen kompatibel sind. Es werde jedoch noch langer Prozeduren bedürfen, um ausländischen Banken zu erlauben, Niederlassungen außerhalb der Sonderwirtschaftszonen zu gründen.

Gegenwärtig ist es ausländischen Handelsbanken nur erlaubt, in Devisen zu handeln und Devisenkredite für Joint Ventures zur Verfügung zu stellen. Die

Banken haben die chinesische Regierung immer wieder gedrängt, ihnen die Genehmigung zu erteilen, Niederlassungen in den Inlandsprovinzen zu gründen und in der Landeswährung Geschäfte abwickeln zu können.

Gegenwärtig hätten ausländische Finanzinstitutionen 209 ständige Büros in 14 chinesischen Städten errichtet. Sie vertreten 96 ausländische Banken und 24 andere Finanzinstitutionen aus 26 Ländern und Regionen. Die Volksbank hat zusätzlich die Errichtung von zwei Finanzinstitutionen in Form von Joint Ventures genehmigt - eine Joint-Venture-Bank in Xiamen sowie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Shenzhen.

Chen erklärte, daß China im Internationalen Währungsfonds die neuntgrößten Anteile halte, in der Weltbank halte es den 16. Rang. In der Asiatischen Entwicklungsbank halte China die drittgrößten Beteiligungen. Die Volksbank habe ständige Verbindungen mit den wichtigsten europäischen und asiatischen Banken geknüpft, beispielsweise auch mit der in Brüssel ansässigen Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Es sollen weiterhin offizielle Verbindungen mit wichtigen Banken in lateinamerikanischen Ländern, wie z.B. mit der Panamerikanischen Entwicklungsbank sowie der Karibischen Entwicklungsbank, aufgenommen werden.

Die Volksbank wird versuchen, eine Public-Relations-Kampagne im Ausland zu starten, um die "Mißverständnisse" einiger ausländischer Bankiers über die chinesische Finanzsituation nach dem 4. Juni 1989 zu klären.

China sei bereits einer der größten Kreditnehmer der Weltbank. Gegen Ende des Jahres 1989 hatte China von der Weltbank Kredite im Werte von 8,6 Mrd. US\$ aufgenommen. Im Jahre 1989 erhielt die Volksrepublik fast 500 Mio. US\$ von der Asiatischen Entwicklungsbank.

Fünf führende Banken in der Volksrepublik werden im Jahre 1990 Anleihen in Höhe von insgesamt 7 Mrd. Yuan begeben, um die in diesem Jahre fällig werdenden internen Rückzahlungen leisten zu können. Anleihen in Höhe von 5 Mrd. Yuan werden begeben, um Geld aufzubringen, das für die Rückzahlung von Papieren benötigt

wird, die fällig werden. Der Rest soll genutzt werden, um Mittel aufzubringen für die speziellen Kredite des Landes. Anleihen mit Laufzeiten von einem bis drei Jahren richten sich an Private sowohl in den ländlichen als auch in den städtischen Gebieten. Jene Anleihen mit einjähriger oder zweijähriger Laufzeit sind mit einem Zinssatz ausgestattet, der 2 Prozentpunkte höher ist als für Sparkonten in den Banken. (CD, 1.4.1990) -lou-

Binnenwirtschaft

*(32)

Privatwirtschaft soll wieder wachsen

Höhere Kader, die für den individuellen und privaten Bereich der Wirtschaft verantwortlich sind, teilten der Zeitung *China Daily* mit, daß die Regierung bald eine Serie von Maßnahmen und Regeln beschließen werde, die darauf abzielten, den Wirkungsbereich der Privatwirtschaft zu spezifizieren. Einige Wirtschaftspolitiker erklärten auch, daß die Regierung bald die enge Kontrolle gegenüber der Privatwirtschaft lockern werde, um dieser mehr Raum zu geben.

Seit Ende des Jahres 1988, als die Regierung mit ihrem Sparprogramm begann, sank die Zahl der individuellen und selbständigen Unternehmen beträchtlich. Die Statistiken wiesen ein Absinken um 14% hinsichtlich der Anzahl der individuellen Unternehmen aus - von 14,5 Mio. am Ende des Jahres 1988 auf 12,4 Mio. am Ende des Jahres 1989. Mehr als 3 Mio. selbständige Geschäftsleute gingen während dieser Periode in Konkurs. Ihre Zahl sank um 16,4% auf 19,32 Mio.

Die private Wirtschaft im Baugewerbe bzw. im Transportwesen ist am härtesten getroffen worden, und zwar wegen der Kürzungen bei den Investbauinvestitionen sowie den Bauprojekten.

Der gesamte Bruttoproduktionswert für 1989 für diesen Bereich nahm um 6% auf 55 Mrd. zu; die Umsätze stiegen um 13% auf 135,3 Mrd. Yuan.

Es wird erwartet, daß der Staatsrat bald zwei Verordnungen ratifiziert, die den Geschäftsbereich festlegen, in de-

nen sich der private Sektor engagieren könnte. Zu diesem Zwecke würde man die individuellen Unternehmen bitten, sich erneut registrieren und ihre Geschäftslizenzen erneuern zu lassen. Ferner hieß es, daß die Verordnungen klar vorschreiben würden, daß es dem privaten Sektor strikt verboten sei, in den Schlüsselindustrien, wie beispielsweise Finanzen, Außenhandel, Militär, Immobilien, Eisenbahntransport bzw. Seeschifffahrt, tätig zu werden. Individuelle Unternehmen würden auch von der Herstellung und dem Vertrieb gefährlicher chemischer Produkte, von Sprengstoffen für den Zivilbedarf, von kontrollierten Medikamenten, Antiquitäten, seltenen Tieren sowie wichtigen Rohmaterialien für die Produktion ausgeschlossen werden. Es werde bald ein Verzeichnis veröffentlicht, damit die individuellen Unternehmen wüßten, welche Arten von Waren sie kaufen und verkaufen könnten.

Die Regierung würde, so wurde weiter gesagt, private Unternehmen ermutigen, solche besonderen Gewerbebereiche zu entwickeln, wie beispielsweise Reparaturen, Nahrungsmittel und Getränke, kleine Güter sowie landwirtschaftliche Nebenprodukte.

Eine andere Entwicklung sei es, daß die zentralen Behörden bereits damit begonnen hätten, die lokalen Regierungen zu bitten, ihre "Pfuschkpolitik" gegenüber den individuellen Unternehmen aufzugeben und sich an die Regeln zu halten, die von der Zentralregierung festgesetzt worden waren.

Seit Beginn des Sparprogramms Ende 1988 und insbesondere nach dem Juni 1989 hatten Kader lokaler Regierungen in falscher Weise individuelle Unternehmen von der Betätigung in Branchen ausgeschlossen, die die Zentralregierung bereits genehmigt hatte. So hätten z.B. einige Gebietskörperschaften es landwirtschaftlichen Unternehmen nicht erlaubt, landwirtschaftliche und andere Nebenerwerbsprodukte auf den offenen Märkten zu verkaufen. Diese Gebietskörperschaften seien von der Zentralregierung angewiesen worden, ihre Politik zu verändern. (CD, 8.4.1990) -lou-

*(33)

Prozesse gegen Staatsfirmen wegen Zahlungsverzug

Eine Reihe von Banken am Finanzplatz Hongkong hat sich zum gerichtlichen Vorgehen gegen Staatsfirmen der Volksrepublik China entschlossen. Un-

ter den beklagten Staatsfirmen befindet sich die staatliche Tourismus-Monopolgesellschaft China International Travel Service (CITS). Die Staatsfirmen sind bei Joint Venture-Hotelprojekten in der Volksrepublik China in erheblichen Zahlungsverzug geraten.

Die Banken sehen diese Prozesse als Warnung an die Regierung in Beijing, die mit der zentral verordneten Kreditverknappung zumindest teilweise für die finanziellen Engpässe bei Joint Venture-Hotelprojekten verantwortlich ist. In der Vergangenheit hatten Banken und Joint Venture-Unternehmen ein gerichtliches Vorgehen gegen chinesische Partner zumindest gescheut und ein Arrangement am Verhandlungstisch gesucht. Die Geduld westlicher Partner scheint aber in vielen Fällen jetzt am Ende zu sein.

Als Folge des 4. Juni 1989 kam es zu Absagen der meisten touristischen Chinareisen, wovon die Joint Venture-Hotelprojekte vor allem in Shanghai, Guilin und Xi'an auf der Haupttouristenroute Chinas betroffen sind. Die Belegungsrate der Hotels in China gingen in Beijing mit wenigen Ausnahmen um mehr als 50% zurück. In der Provinz ist man schon über wenige Reisende und Belegungsraten von 20-30% froh.

Nach Erklärungen von deutschen Bankiers in Hongkong sind fast alle der rd. 50 Joint Venture-Hotels in China in Finanzschwierigkeiten. Einige haben diskrete Umschuldungs- und Zahlungsverstärkungsverhandlungen geführt. Diese Verhandlungen erwiesen sich nach Aussagen der Beteiligten als äußerst schwierig, da die Chinesen ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen oft nicht anerkannten, ihnen zufallende Finanzierungen nicht aufbrachten, sich generell taub stellten und Verantwortung an höhere Stellen schoben.

Dies hat zu einer erheblichen Verstimmung japanischer, europäischer und chinesischer Hotelprojektpartner Chinas geführt, die sich nun vor Gericht in Hongkong wiedertreffen. Die Bank of China hat in mehreren Fällen den westlichen Banken kühl deutlich gemacht, daß dies ihr eigenes Kreditrisiko sei. Kürzlich wurde von sieben Banken Klage gegen die CITS für ausstehende Zahlungen in Höhe von 18,3 Mio.US\$ für das erst im Frühjahr 1989 eröffnete Sheraton-Hotel in der Touristenstadt Guilin erhoben.

Es geht insgesamt um Kredite in Höhe von mehreren Milliarden US\$. Maßgeblich beteiligt bei Großprojekten im Hotelsektor sind u.a. Standard Chartered Asia (New World, Xi'an; Tianlun Dynasty, Beijing; Mandarin Hotel, Guilin), Sumitomo (Tianan, Wuhan; Jiangguang Centre, Beijing), CCIC (Portman Hotel, Shanghai; Shangrila, Beijing; Grand Hotel, Xianjiang) und Bank of Tokyo (New Century Hotel, Beijing).

Nach einem Bericht von *International Financing Review*, Hongkong, finden gegenwärtig auch Umschuldungsverhandlungen über das Beijing World Trade Center - eines der größten Bauprojekte Chinas - mit der Bank of China statt, die einen 280-Mio.-US\$-Kredit organisiert hatte. Eine Refinanzierung wurde auch für das Shanghai Hilton (das als bestes Joint Venture-Hotel Chinas gilt) ausgehandelt, wofür die Nanjiang Commercial Bank 1985 Kredite von 85 Mio.US\$ über Hongkong besorgt hatte.

Bei den Umschuldungsverhandlungen sind die Chinesen trotz des erheblich gestiegenen Risikos nur zu kleinen Marge-Erhöhungen bereit. In vielen Fällen wird sogar ein neuer Geldeinschuß gefordert. Eine Verlängerung des Finanzzeitraums bringt ein zusätzliches Risiko mit, da nach 1997 der Finanzplatz Hongkong unter die Jurisdiktion der VR China fällt und die Kredite damit noch risikoreicher werden. Kredite laufen in der Regel über 10 bis 12 Jahre, mit einer zinsfreien Periode von 2 bis 4 Jahren. Viele Kredite sind also schon in der ersten Rückzahlungsphase in Schwierigkeiten geraten.

Die Banken müssen nunmehr für schlechte Planungen bezahlen. Der Hotel-Bauboom in China signalisierte schon 1986, daß zuviel Kapazitäten besonders in den Touristenstädten Guilin und Xi'an erstellt wurden. (HB, 5.4.1990) -lou-

*(34)

Staatliches Subventionssystem soll reformiert werden

Chinas Finanzverwalter erwägen die "graduelle Verbesserung" hinsichtlich der gewaltigen staatlichen Subventionen, um bessere wirtschaftliche Resultate als Teil der gesamten Wirtschaftsreform des Landes zu erhalten. Bekanntlich werden die staatlichen

Subventionen im Jahre 1990 rd. 100 Mrd. Yuan erreichen, das sind etwa ein Drittel der Staatsausgaben. Diese Zahl würde tatsächlich noch viel größer sein, falls jene Subventionen eingerechnet würden, die nun im Staatshaushalt nicht enthalten seien. Dies verlautete aus dem Finanzministerium.

Tatsächlich werden solche Subventionen für Wohnungen, öffentlichen Transport, Wasser, Elektrizität, Gas, freie medizinische Versorgung usw., die allein von lokalen Regierungen geleistet werden, im Staatsbudget nicht erfaßt.

Falls alle Subventionen für den Lebensunterhalt den Löhnen hinzugefügt würden, so würde das gegenwärtige Bareinkommen der chinesischen Regierungsangestellten und Arbeiter erheblich ansteigen. In den letzten zehn Jahren sei die Gesamtsumme der staatlichen Subventionen mit einer Rate von mehr als 30% jährlich angestiegen. Die Ergebnisse seien jedoch weit von einem befriedigenden Zustand entfernt.

Chinas Finanzverwalter sind der Meinung, daß die irrationale Subventionsstruktur nun reformiert werden sollte; die immer noch ansteigende Summe der Subventionen sollte gekürzt werden.

Die Subventionen fließen überwiegend in die Taschen der städtischen Konsumenten, und zwar in Form von Preissubventionen für ihre regulären Konsumgüter, wie z.B. Getreide, Baumwolle, Speiseöl, Fleisch und Gemüse. Die Regierung hat den Getreidepreis für städtische Bewohner mehr als eine Dekade lang auf dem selben Niveau gehalten, gleichzeitig sind die Ankaufpreise für Getreide enorm gestiegen.

Die Regierung zahlt nun ca. 0,56 Yuan für jedes Kilogramm Getreide und 3,12 Yuan für jedes Kilogramm Speiseöl, um die Differenzen, die durch dieses Preissystem entstehen, zu beseitigen.

Auf der anderen Seite hat der Staat Produktionsmaterialien für die Landwirtschaft zu subventionieren, um die Getreideproduktion zu unterstützen, die an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklungspriorität steht.

Die Finanzkader haben bemerkt, daß der niedrige Verkaufspreis zu einer Verschwendung von Getreide und die Schwierigkeiten der Getreideproduktion vermehrt hat. In die gleiche Richtung geht, daß die Kosten für eine Tonne Wasser niedriger als eine Eisstange sind. Dieser künstlich niedrige Preis von Wasser hat zu einer enormen Verschwendung der kostbaren Wasserressourcen des Landes geführt.

Die Subventionen für Wohnraum unter dem traditionellen Wohlfahrtssystem der Wohnraumverwaltung haben nicht nur die finanzielle Last der Regierung erhöht, sondern ebenfalls die Ungerechtigkeit bei der Zuteilung von Wohnraum erhöht.

Was nun die Subventionen für Verluste in Industrie und Handel angeht, so würden jene Subventionen für Unternehmen, die von niedrigen von der Regierung kontrollierten Verkaufspreisen beeinträchtigt werden, in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Doch diese Subventionen sollen strikt kontrolliert und nach und nach abgebaut werden. (CD, 20.4.1990) -lou-

*(35) Inflationsrate gesunken

Nach Angaben des Zentralen Statistikamtes soll die Inflationsrate in der Volksrepublik China im 1. Quartal des Jahres 1990 auf den niedrigsten Stand seit 1988 gesunken sein. Der Zuwachs soll nur 3,3% betragen haben.

Der Einzelhandelspreisindex, der wichtigste Indikator zur Messung der Inflation, sei in 35 großen und mittelgroßen Städten im 1. Quartal des Jahres 1990 nur um 3,3% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres gestiegen. Im 1. Quartal des Jahres 1989 betrug der Anstieg des Einzelhandelspreisindexes noch 24,3%.

Der Lebenshaltungskostenindex für 35 große und mittelgroße Städte war im 1. Quartal 1990 um 4,4% angestiegen, auch das sei niedriger als der Anstieg vor einem Jahr.

In der ersten Hälfte des Jahres 1990 soll der Preisauftrieb unterhalb der 10%-Marke bleiben. Dies würde durch Maßnahmen zur Kontrolle von Preisen sowie zur Festsetzung von Preisen für Produktionsmittel erreicht.

Chinesische Wirtschaftswissenschaftler erklärten hingegen, daß die niedrige Inflationsrate auf Kosten hoher staatlicher Subventionen sowie strikter Geldpolitik des Staates gehe. Die Zurückdrängung der Inflation war einer der wichtigsten Gründe dafür, daß die chinesische Regierung im September 1988 ihr Sparprogramm begann. Die seit damals durchgeführten Maßnahmen hätten sich insofern ausgezahlt, als die Inflationsrate von Monat zu Monat gesunken sei.

Die Inflationsrate des Jahres 1988 betrug 18,5%, während im Jahre 1989 noch ein Anstieg von 17,8% zu verzeichnen war.

Im Februar 1990 betrug der Preisanstieg nur noch 4,1%. Die Regierung habe jedoch wachsende Geldsummen in den Kreislauf gepumpt, um die Einzelhandelspreise herunterzubesubventionieren.

Der Finanzminister Wang Bingqian hatte in seinem Bericht an den Nationalen Volkskongreß kürzlich erwähnt, daß die Subventionen der Regierung sich in jedem Jahr auf mehr als 100 Mrd. Yuan beliefen. Auf diese Weise würden mehr als ein Drittel der Staatseinnahmen aufgezehrt.

Die Statistiken zeigten, daß im 1. Quartal des Jahres 1989 die Preise von Grundnahrungsmitteln um 1,6% stiegen, Getreide nahm um 2,9% zu, Zusatznahrungsmittel stiegen um 3,6%, Gemüse wurde um 4,2% teurer. Die Preise für Wasserprodukte und Früchte sanken um 1,4% bzw. 16,2%.

In den Städten Guangzhou und Nanjing sanken die Preise, während sich der Preisanstieg in den anderen Städten unterhalb der 10%-Marke bewegte. (CD, 12.4.1990) -lou-

*(36) Ungenutzte Anlagen

Es ist eine simple ökonomische Erkenntnis, daß Anlagen, die zulange ungenutzt bleiben, verschrottet werden müssen. Die Verschrottung kostet die Unternehmen und damit die Gesellschaft einen hohen Preis. Nach statistischen Angaben, die auf der Beijinger Konferenz für ungenutzte industrielle Anlagen im November 1989 bekannt-

CHINA aktuell

gegeben worden waren, wurden zu jener Zeit mehr als 3.000 Anlagen im Werte von 45 Mio. Yuan nicht genutzt.

Eine andere Untersuchung ergab, daß staatseigene Industrieunternehmen in Beijing Ende 1988 ungenutzte Anlagen im Werte von 345 Mio. Yuan besaßen.

Eine Untersuchung durch die Ausrüstungsverwaltungsgesellschaft von Tianjin ergab, daß in Tianjin 50.000 Anlagen ungenutzt waren, das waren 14% der gesamten Anlagen in der Stadt. Zur gleichen Zeit betrug die Quote der ungenutzten Anlagen in Shanghai 5%.

Das Anlagevermögen der staatseigenen Unternehmen in der Volksrepublik beträgt nun 400 Mrd. Yuan. Falls 5% dieser Anlagen ungenutzt wären, so bedeutet dies eine Verschwendung von 20 Mrd. Yuan.

Luo Zhiming, der stellvertretende Direktor der staatlichen Verwaltung für Anlagen, teilte mit, daß der Wert der ungenutzten Anlagen in staatseigenen Unternehmen im Jahre 1988 sich auf 25,8 Mrd. Yuan belaufen hätte. Falls man zeitweilig ungenutzte Ausrüstungen hinzuzähle, so würde dieser Wert 100 Mrd. Yuan überschreiten.

Zwei Gründe wurden im wesentlichen für dieses Problem angegeben. Zum einen mangle es in den staatlichen Unternehmen an der Motivation, zu sparen und die Ausrüstungen richtig zu nutzen, da diese ja vom Staat geliefert werden und es keine Rolle spiele, wie gut oder schlecht sie genutzt werden.

Der andere Grund bestehe darin, daß einige Unternehmen Ausrüstungen kaufen und importieren, aber wenig Gedanken auf Wirtschaftlichkeit oder technologische Notwendigkeit verschwenden. Es könnte ein enormer wirtschaftlicher Nutzen dadurch erzielt werden, daß die Umverteilung ungenutzter Anlagen richtig durchgeführt würde.

Die Beijinger Maschinenfabrik für Schmiedemaschinen führte eine große Drehbank ein, die 10 Jahre lang nicht genutzt wurde, weil das entsprechende Projekt aufgegeben worden war.

Im Jahre 1986 benötigte die Dampfturbinenfabrik in Nanjing eine Drehbank desselben Typs, und der Staat

stellte dieser Fabrik 200.000 US\$ zur Verfügung, um eine solche Anlage zu importieren. Aufgrund der Bemühungen der Beijinger Gesellschaft für die Umverteilung von Ausrüstungen wurde die große Drehbank aus der Beijinger Fabrik an die Nanjinger Fabrik für 340.000 Yuan verkauft.

Die chinesische Gesellschaft für die Verwaltung von Ausrüstungen und die China Machinery and Electronics Federation haben ein Netzwerk errichtet, um Informationen über ungenutzte Ausrüstungen in großen Städten zu verbreiten. Seit 1985 haben sie ungenutzte Ausrüstungen im Werte von 300 Mio. Yuan umverteilt.

Es wurden folgende Vorschläge zur Reduzierung ungenutzter Ausrüstungen und zur vollen Nutzung gemacht:

- Ein Verantwortlichkeitssystem sollte errichtet werden, um sich mit dem Ankauf von Ausrüstungen zu befassen. Es sollte herausgefunden werden, wer für ungenutzte Ausrüstungen aufgrund von blinden oder Duplikat-Käufen verantwortlich sei.

- Es sollten Gebühren für den Besitz solcher Ausrüstungen erhoben werden, so daß die Unternehmen aktiv eine Umverteilung vornehmen würden.

- Untersuchungen sollten durchgeführt werden, um herauszufinden, warum die Ausrüstungen nicht genutzt werden. Effektive Maßnahmen sollten dann ergriffen werden, um solche Ausrüstungen zu nutzen.

- Ein Informationsnetzwerk sollte errichtet werden und ferner sollten sowohl im Inland als auch im Ausland Märkte für solche ungenutzten Ausrüstungen eröffnet werden. (CD, 17.4.1990) -lou-

*(37)

Wohlfahrtsarbeit muß verbessert werden

Die Wohlfahrtsprogramme für ältere und behinderte Menschen sowie Waisen scheinen hinter der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas zurückzubleiben. Viele derjenigen Unternehmen, die behinderte Menschen beschäftigen, haben Schwierigkeiten, und zwar wegen der ständigen Knappheit an Rohmaterialien.

Die Statistiken zeigen, daß die Volksrepublik 40.496 sog. Wohlfahrtsunternehmen hat, in ihnen arbeiten 1,47

Mio. Arbeiter und Angestellte, 45% von ihnen sind behindert. Die Wohlfahrtsunternehmen genießen eine Vorzugsbehandlung. Unternehmen, in denen mindestens 35% der Arbeiter und Angestellten behindert sind, sind von der Einkommenssteuer ausgenommen. Jene Unternehmen mit mehr als 50% Behinderten sind von der Produktsteuer befreit.

Der gesamte Bruttoproduktionswert der Wohlfahrtsunternehmen ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen, er erreichte 20,6 Mrd. Yuan im Jahre 1988. Der jährliche Durchschnittsgewinn pro Arbeiter erreichte 1.124 Yuan im Jahre 1989.

Das Wachstum der Beschäftigungsmöglichkeiten hat den Lebensstandard vieler behinderter Menschen in China erhöht. Das Wachstum hat nicht nur die Last des Staates und der betroffenen Familien erleichtert, sondern auch dazu beigetragen, die Menschen in die Gesellschaft als Schöpfer sozialen Reichtums zu integrieren.

Das Land hat 37.400 Wohlfahrtsinstitutionen mit insgesamt 518.000 Wohlfahrtsempfängern. Ca. 45.000 alte Menschen leben in Institutionen, die vom Staat betrieben werden. Nachbarschaftskomitees in städtischen Gebieten und Dorfkomitees auf dem Lande werden ermutigt, Fonds durch verschiedene Kanäle zu bilden, um Wohlfahrtsinstitutionen für die Alten zu errichten. Auch privat betriebene Institutionen sind im ganzen Lande eingerichtet worden.

Dennoch ist die Gesamtzahl jener Menschen, die der sozialen Wohlfahrt bedürfen, gewaltig: 40 Mio. behinderte Armeeinghörige und Familien revolutionärer Märtyrer erhalten die besondere Fürsorge des Staates; weitere 100 Mio. Menschen erhalten soziale Hilfe.

Die Wohlfahrtsinstitutionen für Kinder spielen eine entscheidende Rolle beim Schutz von Waisen, Findlingen sowie behinderten Kindern. Aus Statistiken des Ministeriums für zivile Angelegenheiten geht hervor, daß die Zahl der behinderten Kinder unter 14 Jahren 8 Mio. überschritten hat, das wären 2% der gesamten Zahl der Kinder in diesem Alter. Sie erhalten Bildung und Ausbildung in Tätigkeiten, die sie in die Gesellschaft der Zukunft führen werden.

Im Jahre 1988 erreichten die nationalen Ausgaben für soziale Wohlfahrtsprogramme 483,9 Mio.Yuan. Der staatliche Anteil belief sich auf 292,8 Mio.Yuan, 191 Mio.Yuan kamen von verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen.

Die rapide wirtschaftliche Entwicklung und der Erfolg der Geburtenkontrolle haben zu einem Wechsel der Familienstruktur geführt, insbesondere in den städtischen Gebieten - Kernfamilien mit einem arbeitenden Ehepaar und einem Kind breiten sich immer mehr aus. Eine in 500 Haushalten in Shanghai durchgeführte Untersuchung des Bundes der Shanghaier Frauen zeigt, daß Kernfamilien nun 40,4% jener im Jahre 1989 in der Stadt untersuchten Familien ausmachten. Die Zunahme der Kernfamilien führte zu einem Absinken der Zahl der Generationen, die unter dem selben Dach wohnen. Die Älteren, die traditionellerweise mit den erwachsenen Kindern gelebt haben, können nun auch alleine leben. Doch die Kernfamilien und die Alten benötigen soziale Hilfe.

Viele alte Menschen ziehen nun in Altenwohnungen oder in soziale Wohlfahrtsinstitutionen. Der Grund besteht in Kinderlosigkeit, Familienstreitigkeiten oder Schwierigkeiten hinsichtlich des Wohnraumes.

Kinderlosen und kranken alten Leuten in ländlichen Gebieten, insgesamt waren dies 2,501 Mio. im Jahre 1988, sichert man Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung und Wohnung zu; außerdem werden die Beerdigungskosten getragen. In einigen Gebieten erhalten alte Menschen, die nur Töchter haben, ebenfalls diese besondere Behandlung. Diese Praxis läuft jedoch den geltenden Bestimmungen zuwider. Nach der Verfassung Chinas haben Eltern die Verpflichtung, die Kinder aufzuziehen und auszubilden. Die erwachsenen Kinder sind ihrerseits wiederum verpflichtet, ihre Eltern zu unterhalten. Es gilt als unfair, jene alten Menschen, die keine Söhne haben, an den Staat zu verweisen.

Des weiteren wird diese Praxis jene feudale Überzeugung fördern, daß Männer den Frauen überlegen seien. Auf diese Weise würde die Durchführung der Familienplanung in ländlichen Gebieten behindert.

Das Fehlen angemessener Wohlfahrtsinstitutionen für geistig behinderte Menschen stellt ein ernstes Problem dar. Eine von der Zhejiang-Universität in Hangzhou durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß die Stadt Hangzhou nur ein psychiatrisches Hospital für 13.000 geistig behinderte Patienten hat. (CD, 19.4.1990) -lou-

*(38) Seidenindustrie

Die Seidenindustrie der Volksrepublik China erzielte 1989 ein gutes Exportresultat, mit dem die Mengenproduktion jedoch nicht Schritt halten konnte. Die jetzt für die Jahre 1990 bis 1995 veröffentlichten Plandaten sehen die weitere Entwicklung von einer optimistischen Warte.

1990 könne demnach ein Bruttoproduktionswert von 10 Mrd.Yuan und 1995, dem letzten Jahr des 8. Fünfjahresplans, von 14 Mrd.Yuan erwartet werden. Dies entspräche einem jährlichen Wachstum von mehr als 7%. Die Ausbringung an Seide solle im laufenden Jahr 55.000 t erreichen und bis 1995 auf 64.000 t ansteigen. Das Ergebnis von 1989 hätte mit 50.200 unterhalb der 51.000 t des Vorjahres gelegen.

Ähnlich positiv sind die Schätzungen für Seidengewebe. Die Verantwortlichen im chinesischen Textilministerium rechnen hier für die gegenwärtige Periode mit 2 Mrd.m; 1995 sollen es dann 2,5 Mrd.m sein. Im Jahre 1989 waren knapp 1,48 Mrd.m (1988: 1,52) erzeugt worden. Sollten sich die Exporte 1990 und in der näheren Zukunft vergleichbar zufriedenstellend wie 1989 entwickeln, dürfte das Ziel für 1995 vorfristig erreicht werden.

1990 werden voraussichtlich 460.000 t und 1995 520.000 t Seidenwurmkokons benötigt, während das Angebot 1989 noch bei 390.000 t gelegen hatte. In den Provinzen Sichuan, Jiangsu, Zhejiang, Guangdong, Shandong und Anhui ist die Einrichtung von Produktionszentren vorgesehen. Für die Erzeugung von Tussah-Seidenkokons will man bevorzugt in die Provinzen Liaoning, Shandong und Hunan investieren. 1995 sollen ferner 75.000 t Rayon, 40.000 t Polyamid-, 100.000 t Polyester- und 40.000 t andere Chemiefasern an die Seidenindustrie geliefert werden können.

Im Verlaufe des fünfjährigen Planzeitraums will die Branche den Ausstoß an Reinseidenerzeugnissen auf 25%, an Rayonprodukten ebenfalls auf 25% und an synthetischem Filament auf 50% des Gesamtergebnisses bringen. Die Herstellung von Seidenwirkware wird demnach von 150 auf 2.000 t ansteigen. Die Fertigungen von Bekleidung und Zierartikeln (einschließlich tourismusbezogener Produkte) und der Seide für die industrielle Verwendung sollen künftig einen wichtigeren Rang im Gesamtangebot einnehmen.

Die in dem Industriezweige üblichen Fertigungsverfahren und die Produktqualität will man bis 1995 auf ein Niveau anheben, das dem Weltstandard der späten 80er bis frühen 90er Jahre entspricht. Dies wird eine technische Modernisierung des Maschinenparks erfordern. So soll der Anteil automatischer Haspelmaschinen von 9,5% auf 15-20% gesteigert werden, und ausgewählte Haspelwerke sollen in Unternehmen mit automatisiertem Prozeßablauf - von der Kokonselektion über das Kochen, Haspeln bis zur Strangglättung - umgewandelt werden.

Im Seidenspinnbereich ist geplant, die Degummier- und Seng-Ausrüstungen zu modernisieren und elektronische Fadenreiniger sowie automatische "Evening"-Maschinen zur Qualitätssteigerung der Spinnseide zu installieren. Ferner sollen die Holz- bzw. Eisenwebstühle schrittweise ausgemustert und der Anteil der Greifer-Webmaschinen von derzeit 2,4 auf 10% erhöht werden. Auch veraltete Spul- und Zwirnausrüstungen will man nach und nach durch schnell laufende leistungsfähige Modelle ersetzen. (NfA, 19.4.1990) -lou-

Taiwan

*(39) Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Lesotho

Die Regierung Taipei hat am 5.April die Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen zu dem südafrikanischen Königreich Lesotho erklärt. Ein Kommuniqué wurde bereits am 2.April unterzeichnet. (LHB u. CP,